Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 14

München, den 13. August

1971

Datum	Inhalt	Seite
24. 6. 1971	Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG)	267
28. 7. 1971	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische Prüfungsfragen	272
30. 7. 1971	Verordnung zur Ausführung des § 2 Abs. 1 des Siebenten Bundesmietengesetzes	272
20. 5. 1971	Verordnung über die Versorgung der Erzbischöfe, Bischöfe, Dignitäre und Kanoniker	273
24. 6. 1971	Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen	275
30. 6. 1971	Verordnung über die Errichtung staatlicher Handels- und Wirtschaftsschulen	279
8. 7. 1971	Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Stelle für die Laboranten an naturwissenschaftlichen Hochschulen	280
15. 7. 1971	Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach § 224 der Bundesrechtsanwaltsordnung	280
15. 7. 1971	Verordnung über Zulassungsbeschränkungen in der Studienrichtung Psychologie an der Universität Regensburg	280
15. 7. 1971	Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfungen (II. Lehramtsprüfungen) der Fachlehrer und der Lehrerinnen für Handarbeit und Hauswirtschaft — FPO II —	281
23. 7. 1971	Verordnung zur Ausgliederung schulischer Ausbildungsgänge aus staatlichen Ingenieurschulen und staatlichen Fachschulen mit Ingenieurabteilung	281
29. 7. 1971	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten in Versorgungsangelegenheiten nach Kapitel I des Bundesgesetzes zu Art. 131 GG	282
	Berichtigung	282

Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) Vom 24. Juni 1971

Auf Grund des § 13 des Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen vom 2. Juni 1971 (GVBl. S. 198) wird nachstehend der Wortlaut des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) vom 26. Oktober 1962 (GVBl. S. 272) in der ab 1. Juni 1971 geltenden Fassung bekanntgemacht.

Die neue Fassung ergibt sich aus den Änderungen des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes durch

- das Gesetz zur Durchführung der Kriegspferfürsorge (DG-KOF) vom 20. Juli 1964 (GVBl. S. 148),
- das Gesetz zur Vereinfachung verwaltungsrechtlicher Vorschriften vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 469) und
- das Gesetz zur Änderung von Zuständigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen vom 2. Juni 1971 (GVBl. S. 198).

München, den 24. Juni 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung**
Dr. P i r k l, Staatsminister

Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1971

Teil I

Träger der Sozialhilfe

Abschnitt 1

Örtliche Träger der Sozialhilfe

Art. 1

Örtliche Träger der Sozialhilfe

(1) Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise (§ 96 Abs. 1 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes). Die Sozialhilfe ist Aufgabe ihres eigenen Wirkungsbereiches. Die Träger sollen persönlich und fachlich geeignete Kräfte in ausreichender Zahl beschäftigen.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung anzuwenden.

Art. 2

Sozialhilfeausschuß

(1) Bei dem örtlichen Träger ist ein Sozialhilfeausschuß als ständiger beschließender Ausschuß zu bilden. Er nimmt die grundsätzlichen und die allgemeinen Angelegenheiten der Sozialhilfe wahr; die übrige

gen Geschäfte führt der Oberbürgermeister oder der Landrat.

(2) Dem Ausschuß gehören an

- a) als beschließende Mitglieder
1. der Oberbürgermeister oder der Landrat oder der von diesen bestellte Vertreter als Vorsitzender;
 2. sechs bis zwölf Mitglieder des Gemeinderats oder des Kreistags;
- b) als beratende Mitglieder sozial erfahrene Personen, insbesondere Vertreter von
1. Verbänden der freien Wohlfahrtspflege;
 2. in der kreisfreien Gemeinde oder im Landkreis wirkenden Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind;
 3. Vereinigungen von Sozialleistungsempfängern;
- c) als Sachverständiger der Leiter des Gesundheitsamts oder der von ihm bestellte Vertreter.

(3) Die beratenden Mitglieder nach Absatz 2 Buchst. b müssen nach dem Gemeindegewahlgesetz oder dem Landkreiswahlgesetz wählbar sein; sie brauchen jedoch ihren Aufenthalt nicht im Bereich des örtlichen Trägers zu haben.

(4) Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird durch die Geschäftsordnung des Gemeinderats oder des Kreistags bestimmt.

Art. 3

Berufung der Mitglieder des Sozialhilfeausschusses

(1) Die Mitglieder des Sozialhilfeausschusses nach Art. 2 Abs. 2 Buchst. a Nr. 2 und Buchst. b werden vom Gemeinderat oder Kreistag berufen.

(2) Vor der Berufung der beratenden Mitglieder hat der Gemeinderat oder der Kreistag von den in Art. 2 Abs. 2 Buchst. b genannten Stellen, soweit sie örtlich wirken, Vorschläge anzufordern. Bei der Berufung hat der Gemeinderat oder der Kreistag die genannten Stellen nach Umfang und Bedeutung ihres örtlichen sozialen Wirkens zu berücksichtigen.

Art. 4

Beschlüsse des Sozialhilfeausschusses

(1) Der Sozialhilfeausschuß ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und außer dem Vorsitzenden mindestens die Hälfte der beschließenden Mitglieder anwesend und stimmberrechtigt ist und wenn mindestens zwei beratende Mitglieder anwesend sind.

(2) Beschlüsse des Ausschusses, deren Vollzug eine Änderung der Haushaltsansätze voraussetzt, sind nur rechtswirksam, wenn sie vom Gemeinderat oder Kreistag genehmigt werden.

(3) In der Geschäftsordnung des Gemeinderats oder des Kreistags kann bestimmt werden, daß die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen des Sozialhilfeausschusses auch in anderen Angelegenheiten von der Genehmigung des Gemeinderats oder des Kreistags abhängt.

Abschnitt 2

Überörtliche Träger der Sozialhilfe

Art. 5

Überörtliche Träger der Sozialhilfe

(1) Überörtliche Träger der Sozialhilfe sind die Bezirke; die Sozialhilfe ist Aufgabe ihres eigenen Wirkungsbereichs. Art. 1 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Die Regierungen stellen nach Bestimmung des Staats-

haushalts staatliche Dienstkräfte und Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.

(2) Die Aufsicht über die Bezirke als überörtliche Träger der Sozialhilfe obliegt den Regierungen.

(3) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften der Bezirksordnung anzuwenden.

Art. 6

Sozialhilfeausschuß

(1) Beim überörtlichen Träger der Sozialhilfe ist ein Sozialhilfeausschuß als ständiger beschließender Ausschuß zu bilden. Er nimmt die grundsätzlichen und die allgemeinen Angelegenheiten der Sozialhilfe wahr.

(2) Den Vorsitz im Sozialhilfeausschuß führt der Bezirkstagspräsident oder der von ihm bestellte Vertreter. Als Sachverständiger gehört dem Ausschuß ein von der Regierung bestimmter Arzt des öffentlichen Gesundheitsdienstes an. Im übrigen gelten für den Sozialhilfeausschuß beim überörtlichen Träger Art. 2 Abs. 2 Buchst. a Nr. 2, Buchst. b, Abs. 3, Abs. 4 und die Art. 3 und 4 entsprechend.

(3) Ein Beamter der Regierung, der die Befähigung für den höheren Dienst oder für das Richteramt hat, bereitet die Beschlüsse des Sozialhilfeausschusses vor, nimmt beratend an den Sitzungen des Sozialhilfeausschusses teil, vollzieht seine Beschlüsse, führt die nicht dem Sozialhilfeausschuß obliegenden Geschäfte und vertritt den Bezirk als überörtlichen Träger der Sozialhilfe nach außen.

Art. 7

Sachliche Zuständigkeit

(1) Die überörtlichen Träger sind außer für die Aufgaben nach § 100 des Bundessozialhilfegesetzes sachlich auch zuständig zur Gewährung von

- a) Hilfe in besonderen Lebenslagen zur stationären oder teilstationären Betreuung der in § 100 Abs. 1 Nr. 1 des Bundessozialhilfegesetzes Genannten in Einrichtungen, die in dieser Vorschrift aufgeführt sind;
- b) vorbeugender Gesundheitshilfe (§ 36 des Bundessozialhilfegesetzes), Krankenhilfe (§ 37 des Bundessozialhilfegesetzes) und Hilfe zur Pflege (§ 68 des Bundessozialhilfegesetzes), soweit diese Hilfen Krebskranken in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung oder in einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung gewährt werden; das gilt auch, soweit die Hilfen jemandem gewährt werden, der auf ärztliche Veranlassung wegen Krebsverdachts in einer der genannten Einrichtungen behandelt wird;
- c) Sozialhilfe für

1. Ausländer im Sinne des Ausländergesetzes;
2. Aussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes und Zuwanderer aus den in § 3 Abs. 1 Nr. 2 der Ersten Durchführungsverordnung zum Ersten Überleitungsgesetz genannten Gebieten in staatlichen Lagern oder lagerähnlichen Wohnheimen bis zur dauernden Unterbringung in einer Wohnung; die Zuständigkeit bleibt bestehen, bis eine Verpflichtung zur Kostenerstattung nach § 103 Abs. 3 des Bundessozialhilfegesetzes enden würde.

(2) Die Zuständigkeit des überörtlichen Trägers nach Absatz 1 Buchst. a und b erstreckt sich auf die notwendigen Transportkosten, auf alle Leistungen an den Hilfeempfänger, für welche die Voraussetzungen nach dem Bundessozialhilfegesetz gleichzeitig vorliegen, und auf die Hilfe nach § 15 des Bundessozialhilfegesetzes.

(3) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Staatsmini-

sterium des Innern durch Rechtsverordnung bestimmen, daß die überörtlichen Träger für weitere Aufgaben der Sozialhilfe zuständig sind, wenn eine überörtliche Wahrnehmung dieser Aufgaben geboten ist.

Art. 8

Vorläufiges Eintreten des örtlichen Trägers

(1) Steht nicht fest, ob ein überörtlicher Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig ist, so hat, bis die sachliche Zuständigkeit geklärt ist, der nach § 97 des Bundessozialhilfegesetzes zuständige örtliche Träger einzutreten. Er teilt das dem überörtlichen Träger, zu dessen Bereich er gehört, alsbald mit. Der überörtliche Träger hat dem örtlichen Träger die aufgewendeten Kosten zu erstatten, sobald seine Zuständigkeit feststeht. § 111 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 und § 113 des Bundessozialhilfegesetzes gelten entsprechend.

(2) Der örtliche Träger hat auch dann vorläufig einzutreten, wenn die Hilfe so dringlich ist, daß der überörtliche Träger sie nicht rechtzeitig leisten kann; er hat den überörtlichen Träger über seine Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten. Geschieht das, so hat dieser dem örtlichen Träger die aufgewendeten Kosten zu erstatten. § 111 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 und § 113 des Bundessozialhilfegesetzes gelten entsprechend.

Abschnitt 3

Mitwirkung kreisangehöriger Gemeinden und örtlicher Träger

Art. 9

Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden

(1) Die kreisangehörigen Gemeinden sind verpflichtet, auf Anfordern der Landkreise bei der Feststellung und Prüfung der für die Gewährung von Sozialhilfe erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Hilfesuchenden und Hilfeempfängern, und bei der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen mitzuwirken.

(2) Die Landkreise können auf Antrag kreisangehöriger Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohnern durch Verordnung bestimmen, daß diese Gemeinden Aufgaben, die den Landkreisen als örtlichen Trägern obliegen, durchführen und dabei entscheiden. Für die Durchführung dieser Aufgaben können die Landkreise Richtlinien erlassen; sie können auch Einzelweisungen erteilen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche einzelner das zwingend erfordern.

(3) Die Heranziehung einer kreisangehörigen Gemeinde nach Absatz 2 ist auf deren Antrag aufzuheben.

Art. 10

Heranziehung örtlicher Träger

(1) Die örtlichen Träger sind verpflichtet, auf Anfordern der überörtlichen Träger bei der Feststellung und Prüfung der für die Gewährung von Sozialhilfe erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Hilfesuchenden und Hilfeempfängern, und bei der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen mitzuwirken.

(2) Die überörtlichen Träger können durch Verordnung bestimmen, daß die örtlichen Träger folgende Aufgaben, die den überörtlichen Trägern obliegen, durchführen und dabei entscheiden:

1. Hilfe zum Lebensunterhalt in der Tuberkulosehilfe (§§ 51 ff. des Bundessozialhilfegesetzes);
2. Sonderleistungen der Tuberkulosehilfe (§ 56 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 des Bundessozialhilfegesetzes);
3. vorbeugende Hilfe nach § 57 des Bundessozialhilfegesetzes;

4. Blindenhilfe (§ 67 des Bundessozialhilfegesetzes);

5. Hilfe in einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 des Bundessozialhilfegesetzes;

6. Versorgung ambulant behandelter Behinderter mit Körperersatzstücken und mit größeren orthopädischen oder größeren anderen Hilfsmitteln nach § 100 Abs. 1 Nr. 2 des Bundessozialhilfegesetzes;

7. Hilfe nach Art. 7 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes.

(3) Der örtliche Träger, der nach Absatz 2 Aufgaben durchführt, hat auch den Kostenbeitrag, Aufwendersatz, Kostenersatz und Kostenerstattungsanspruch geltend zu machen, den Übergang von Ansprüchen gegen Dritte zu bewirken und die Beträge einzuziehen. Er verfährt dabei nach den Grundsätzen, die für ihn selbst gelten.

(4) Für die Durchführung der Aufgaben nach Absatz 2 können die überörtlichen Träger Richtlinien erlassen; sie können auch Einzelweisungen erteilen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche einzelner das zwingend erfordern.

(5) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung bestimmen, daß die in Absatz 2 aufgeführten Hilfen um andere Aufgaben der Sozialhilfe erweitert werden, wenn eine örtliche Wahrnehmung geboten ist.

Art. 11

Mitteilungspflicht

(1) Wird bei einer kreisangehörigen Gemeinde, in der ein Hilfesuchender sich tatsächlich aufhält, die Notwendigkeit der Gewährung von Sozialhilfe bekannt oder ein Antrag auf Sozialhilfe gestellt, so ist die Gemeinde, soweit sie nicht selbst nach Art. 9 Abs. 2 die Aufgaben durchführt, verpflichtet, die genannten Voraussetzungen dem örtlichen Träger unverzüglich mitzuteilen oder ihm den Antrag unverzüglich zuzuleiten. Satz 1 gilt entsprechend zwischen dem örtlichen Träger und einer kreisangehörigen Gemeinde, die Aufgaben nach Art. 9 Abs. 2 durchführt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend zwischen örtlichem und überörtlichem Träger und zwischen überörtlichem und örtlichem Träger.

Abschnitt 4

Kosten der Sozialhilfe

Art. 12

Träger der Kosten

(1) Die Träger der Sozialhilfe tragen die Kosten für die Sozialhilfeaufgaben, die ihnen nach dem Bundessozialhilfegesetz, nach diesem Gesetz oder nach einer Rechtsverordnung auf Grund dieses Gesetzes obliegen.

(2) Werden Aufgaben nach Art. 9 Abs. 2 von kreisangehörigen Gemeinden durchgeführt, so hat der Landkreis die aufgewendeten Kosten zu ersetzen und auf Antrag angemessene Vorschüsse zu leisten. Persönliche und sächliche Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(3) Werden Aufgaben nach Art. 10 Abs. 2 von örtlichen Trägern durchgeführt, so hat der überörtliche Träger die aufgewendeten Kosten zu ersetzen und auf Antrag angemessene Vorschüsse zu leisten. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 13

Beteiligung des Staates

(1) Der Staat leistet einen Ausgleich zu den Aufwendungen, die den Bezirken als überörtlichen Trägern der Sozialhilfe insgesamt erwachsen. Der Ausgleich richtet sich danach, wie hoch ein Bezirk, gemessen an der Steuerkraft der im Bezirk gelegenen

Gemeinden und gemeindefreien Gebiete mit Ausgaben für die Sozialhilfe unter Abzug der damit zusammenhängenden Einnahmen belastet ist. Derjenige Teil dieser Belastungen, der den Landesdurchschnitt übersteigt, wird vom Staat ersetzt. Darüber hinaus ersetzt der Staat nach Bestimmung des Staatshaushalts auch einen unter dem Landesdurchschnitt liegenden Teil der Belastungen.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen erläßt im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und für Arbeit und Sozialordnung die hierzu erforderlichen Durchführungsbestimmungen, in denen insbesondere der Umfang der beim Ausgleich zu berücksichtigenden Ausgaben und Einnahmen und die Einzelheiten des Berechnungs- und Auszahlungsverfahrens näher bestimmt werden können.

(3) Der Staat beteiligt sich nach Bestimmung des Staatshaushalts an der Förderung allgemeiner Einrichtungen der Sozialhilfe.

(4) Der Staat unterstützt ferner nach Bestimmung des Staatshaushalts die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern bei ihren zentralen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Vollzug des Bundessozialhilfegesetzes.

Teil II

Sonstige Ausführungsbestimmungen

Art. 14

Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe mit der freien Wohlfahrtspflege
(zu § 10 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 BSHG)

(1) Die Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe mit den Kirchen, sonstigen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege soll durch Arbeitsgemeinschaften gefördert werden. In den Arbeitsgemeinschaften sollen insbesondere wichtige Fragen der Sozialhilfe, die bei der Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe und der freien Wohlfahrtspflege auftreten, beraten werden.

(2) Arbeitsgemeinschaften sollen für das ganze Land (Landesarbeitsgemeinschaft), für die Bezirke als überörtliche Träger (Bezirksarbeitsgemeinschaft) und für die kreisfreien Gemeinden und Landkreise als örtliche Träger (Kreisarbeitsgemeinschaft) gebildet werden.

(3) Die Landesarbeitsgemeinschaft bildet sich aus Vertretern der Kirchen und der sonstigen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Die Bezirks- und Kreisarbeitsgemeinschaften bilden sich aus Vertretern der Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, aus Vertretern der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und aus beschließenden Mitgliedern des Sozialhilfeausschusses beim überörtlichen oder örtlichen Träger der Sozialhilfe. Den Arbeitsgemeinschaften können weitere Mitglieder angehören. Die Zahl der Vertreter der öffentlichen Sozialhilfe soll die Zahl der übrigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften nicht überschreiten.

Art. 15

Leistungsbescheid über Kostenbeitrag, Aufwendungs- und Kostenersatz
(zu §§ 11 Abs. 2 und 3, 29, 43, 58, 72 Abs. 4, 84, 85, 92 a, 92 b, 92 c BSHG)

In einem Leistungsbescheid im Sinne des Art. 23 des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes, in dem regelmäßig wiederkehrende Leistungen als Kostenbeitrag, Aufwendungs- oder Kostenersatz gefordert werden, kann zugleich mit der Pfändung wegen fälliger Ansprüche auch

künftig fällig werdendes Arbeitseinkommen wegen der dann jeweils fällig werdenden Ansprüche gepfändet und überwiesen werden.

Art. 16

Festsetzung der Regelsätze
(zu § 22 Abs. 3 BSHG)

Zuständige Landesbehörde für die Festsetzung der Regelsätze sind die örtlichen Träger. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bestimmt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern Mindestbeträge; diese dürfen nicht unterschritten werden.

Art. 17

Anerkennung, Errichtung und Unterhaltung von Arbeitseinrichtungen
(zu § 26 Abs. 1 BSHG)

(1) Zuständige Landesbehörde für die Anerkennung nach § 26 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.

(2) Zuständig für die Errichtung und Unterhaltung der erforderlichen Arbeitseinrichtungen ist der Staat.

Art. 18

Unterbringung in einer Arbeitseinrichtung
(zu § 26 Abs. 1 BSHG)

(1) Soll jemand nach § 26 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes untergebracht werden, so ist für dieses Verfahren der Träger, der die Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt, zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 3 und 8 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen.

(2) Die Kosten der Überführung und Unterbringung treffen den Träger, der den Antrag auf Unterbringung gestellt hat.

Art. 19

(aufgehoben)

Art. 20

(aufgehoben)

Art. 21

Erhöhung der Einkommensgrenze
(zu § 79 Abs. 4 BSHG)

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung bestimmen, daß für bestimmte Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen der Einkommensgrenze ein höherer Grundbetrag und ein höherer Familienzuschlag zugrunde gelegt werden, wenn es erforderlich ist, um eine gleichmäßige und ausreichende Hilfe zu gewährleisten. Die Befugnisse der Träger der Sozialhilfe nach § 79 Abs. 4 des Bundessozialhilfegesetzes bleiben unberührt.

Art. 22

Zuständigkeit für die Anmeldung des Erstattungsanspruchs
(zu § 112 BSHG)

Zuständige Behörde für die Entgegennahme der Anmeldung des Erstattungsanspruchs ist die Regierung.

Art. 23

Beteiligung sozial erfahrener Personen
(zu § 114 Abs. 2 BSHG)

Sozial erfahrene Personen, die nach § 114 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes zu beteiligen sind, beruft der Sozialhilfeausschuß. Ist für die Entscheidung über den Widerspruch ein Träger der Sozialhilfe zuständig, so hat er vor Erlass des Widerspruchsbe-

scheids mindestens zwei dieser Personen beratend zu beteiligen; es ist schriftlich festzustellen, daß das geschehen ist. Ist der Träger der Sozialhilfe nicht selbst für die Entscheidung über den Widerspruch zuständig (Art. 119 Nr. 1 der Gemeindeordnung, Art. 105 Nr. 1 der Landkreisordnung), so sind diese sozial erfahrenen Personen bei der Prüfung nach § 72 der Verwaltungsgerichtsordnung beratend zu beteiligen; es ist schriftlich festzustellen, daß das geschehen ist.

Art. 24

Kostenfreiheit im Widerspruchsverfahren
(zu § 118 BSHG)

Im Widerspruchsverfahren (§§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung) aus Anlaß der Beantragung, Gewährung oder des Ersatzes von Sozialhilfe werden keine Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

Art. 25

Bestellung der Landesärzte
(zu § 126 a BSHG)

Die Landesärzte werden vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern oder von der von diesen Ministerien bestimmten Behörde bestellt.

Art. 26

Tuberkulosehilfe
für Angehörige des öffentlichen Dienstes
(zu § 127 Abs. 6 und 7 BSHG)

(1) § 127 Abs. 1 bis 5 des Bundessozialhilfegesetzes gilt entsprechend für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Staates, der Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und für die Ehegatten und kinderzuschlagsberechtigten Kinder der genannten Personen.

(2) Zuständig für die Durchführung der Tuberkulosehilfe in den Verwaltungen und Betrieben des Staates ist das Staatsministerium der Finanzen. Es kann durch Rechtsverordnung diese Aufgaben nachgeordneten Behörden übertragen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung Bestimmungen über eine Versicherung der Gemeinden, Gemeindeverbände, und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts hinsichtlich der sich nach Absatz 1 ergebenden Aufwendungen treffen.

Art. 27

Wegfall des Kostenausgleichs zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern

Die Verpflichtung der örtlichen Träger, den überörtlichen Trägern gemäß der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Regelung auf Grund von Anerkennnissen oder rechtskräftigen Entscheidungen ein Fünftel des reinen Fürsorgeaufwands zu erstatten, wirkt nicht über den 31. Mai 1962 hinaus.

Art. 28

Antrag auf Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunksucht
(zu § 680 Abs. 5 ZPO)

Die Träger der Sozialhilfe können die Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunksucht beantragen, wenn zu befürchten ist, daß dem zu Entmündigenden oder dessen Unterhaltsberechtigten Sozialhilfe gewährt werden muß.

Teil III

Aufgaben der Bezirke außerhalb der Sozialhilfe

Art. 29

Vollzug strafgerichtlicher Entscheidungen
nach §§ 42 b, c StGB, § 126 a StPO

(1) Die Bezirke haben auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, einer Trinkerheilanstalt oder einer Entziehungsanstalt auf Grund einer strafgerichtlichen Entscheidung zu vollziehen.

(2) Örtlich zuständig ist der Bezirk, in dessen Bereich der Unterzubringende seinen Wohnsitz oder mangels eines solchen seinen Aufenthalt hat. Ist der Unterzubringende behördlich verwahrt, so ist für die Zuständigkeit der Verwahrungsort maßgebend; in diesem Fall ist auf das Ersuchen des Staatsministeriums der Justiz auch der Bezirk zur Unterbringung verpflichtet, in dessen Bereich der Unterzubringende wohnt.

(3) Die Kosten der Überführung in die Anstalt und der Unterbringung trägt der Staat.

Teil IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 30

Bestimmungen und Bezeichnungen
in anderen Vorschriften

(1) Soweit in anderen Vorschriften auf Bestimmungen verwiesen wird oder Bezeichnungen verwendet werden, die durch dieses Gesetz aufgehoben oder geändert werden, treten an ihre Stelle die entsprechenden Bestimmungen und Bezeichnungen dieses Gesetzes.

(2) Soweit nach anderen Vorschriften die Fürsorgeverbände Aufgaben durchzuführen haben, treten an ihre Stelle die Träger der Sozialhilfe.

Art. 31

(aufgehoben)

Art. 32

Ausführungsvorschriften

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

Art. 33

Inkrafttreten¹⁾

(1) Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Juni 1962, Art. 13 Abs. 1 und 2 jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft, insbesondere

1. das Fürsorgegesetz vom 23. Mai 1939 i. d. F. vom 19. Januar 1953 (BayBS II S. 4) und vom 28. November 1960 (GVBl. S. 266), vorbehaltlich der Regelung des Absatzes 3,
2. die Verordnung über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 2. April 1932 (BayBS II S. 3),
3. die Verordnung über die Verhängung von Ordnungsstrafen im Fürsorgeermittlungsverfahren (§ 27 Abs. 3 RFV) vom 25. April 1932 (BayBS II S. 3),
4. die Bekanntmachung zur Durchführung des Fürsorgegesetzes vom 19. Januar 1953 (BayBS II S. 8).

(3) (aufgehoben²⁾).

1) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 26. Oktober 1962 (GVBl. S. 272). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen ergibt sich aus § 25 Abs. 2 des Gesetzes zur Vereinfachung verwaltungsrechtlicher Vorschriften vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 469) und aus § 14 des Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen vom 2. Juni 1971 (GVBl. S. 198).

2) Absatz 3 wurde durch das Gesetz zur Durchführung der Kriegspopferfürsorge (DG - KOF) vom 20. Juli 1964 (GVBl. S. 148) aufgehoben.

**Bekanntmachung
des Inkrafttretens des Abkommens über die
Errichtung und Finanzierung des Instituts für
medizinische Prüfungsfragen**

Vom 28. Juli 1971

Das Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische Prüfungsfragen vom 14. Oktober 1970 (GVBl. 1971 S. 147) ist gemäß seinem Art. 14 Abs. 2 Satz 2 in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland mit Wirkung vom 29. Juni 1971 in Kraft getreten.

München, den 28. Juli 1971

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

**Verordnung
zur Ausführung des § 2 Abs. 1 des Siebenten
Bundesmietengesetzes**

Vom 30. Juli 1971

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Siebenten Bundesmietengesetzes (Art. 2 des Gesetzes zur Änderung mietpreisrechtlicher und wohnungsrechtlicher Vorschriften in der Freien und Hansestadt Hamburg sowie in der kreisfreien Stadt München und im Landkreis München vom 18. Juni 1970 — BGBl. I S. 786 —), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1971 (BGBl. I S. 973), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Diese Verordnung ist anzuwenden auf preisgebundenen Wohnraum in der Landeshauptstadt München und im Landkreis München, für den nach § 2 Abs. 1 des Siebenten Bundesmietengesetzes die Genehmigung einer Mieterhöhung auf Grund einer Ertragsberechnung beantragt werden kann.

§ 2

(1) In der Ertragsberechnung sind die laufenden Aufwendungen zu ermitteln und den Erträgen gegenüberzustellen.

(2) Die Ertragsberechnung ist für das Gebäude oder für mehrere Gebäude (Wirtschaftseinheit) aufzustellen.

(3) Enthält das Gebäude oder die Wirtschaftseinheit neben dem unter diese Verordnung fallenden Wohnraum noch anderen Wohn- und Geschäftsraum, so ist die Ertragsberechnung nur für den unter diese Verordnung fallenden Wohnraum aufzustellen. Die §§ 34 bis 36 der Zweiten Berechnungsverordnung in der Fassung vom 14. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1682) gelten entsprechend.

§ 3

Die laufenden Aufwendungen setzen sich zusammen aus Kapitalkosten und Bewirtschaftungskosten.

§ 4

(1) Kapitalkosten sind die Zinsen für das Eigen- und Fremdkapital, das für das Baugrundstück und die Baukosten aufgewendet wurde.

(2) Für die Höhe des aufgewendeten Eigen- und Fremdkapitals sind die Verhältnisse bei Bezugsfertigkeit zugrunde zu legen. Die §§ 5 bis 11 der Zweiten Berechnungsverordnung gelten entsprechend; die Kosten von Wertverbesserungen dürfen den Baukosten jedoch nicht zugerechnet werden, wenn hierfür eine Mieterhöhung nach § 12 der Altbaumietenverordnung vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 549), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juli 1963 (BGBl. I S. 529), in Anspruch genommen wurde.

(3) Für die Höhe der Zinsen sind § 20 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1, § 21, § 23 Abs. 1, 2 und 6 und § 23 a der Zweiten Berechnungsverordnung entsprechend anzuwenden. Dabei gilt als Zeitpunkt nach § 4 der Zweiten Berechnungsverordnung der Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit.

(4) Bei Berechnung der Kapitalkosten ist an die Stelle der Rechnungseinheiten Reichsmark, Goldmark oder Rentenmark die Rechnungseinheit Deutsche Mark zu setzen. Bei Wohnraum, der in der Zeit vom 1. April 1922 bis 30. November 1923 bezugsfertig wurde, darf für Kapitalkosten nur der Pauschalbetrag nach § 5 angesetzt werden.

§ 5

(1) Anstelle der nachgewiesenen tatsächlichen Kapitalkosten (§ 4) kann der Antragsteller einen Pauschalbetrag ansetzen. Dieser ist zu errechnen aus Pauschalsätzen für die Bau- und Grundstückskosten und einem Zinssatz von jährlich 6 v. H.

(2) Als Pauschalsätze für Bau- und Grundstückskosten sind je Quadratmeter Wohnfläche anzusetzen: In der Landeshauptstadt München für Wohnungen

	bezugsfertig bis 1918	bezugsfertig 1919 bis 20. 6. 1948
mit Sammelheizung und Bad	400,— DM	425,— DM
mit Sammelheizung oder Bad	275,— DM	300,— DM
ohne Sammelheizung und Bad mit Toilette innerhalb der Wohnung	250,— DM	275,— DM
mit Toilette außerhalb der Wohnung, aber innerhalb des Hauses	150,— DM	175,— DM

Im Landkreis München sind davon jeweils 100,— DM abzuziehen.

(3) Die in Absatz 2 genannten Ausstattungen sind nur zu berücksichtigen, wenn sie am 31. Dezember 1965 vorhanden waren. Als Bad ist eine betriebsfähige Badeeinrichtung mit Wanne in einem besonderen Raum und mit zentralem oder besonderem Warmwasserbereiter anzusehen. Als Sammelheizung ist eine betriebsfähige Zentral- oder Etagenheizung anzusehen.

(4) Eine Badeeinrichtung, eine Sammelheizung oder eine Toilette in der Wohnung, die ganz oder überwiegend auf Kosten des Mieters geschaffen ist, bleibt bei Anwendung des Absatzes 2 außer Betracht.

§ 6

Bewirtschaftungskosten sind im einzelnen:

1. Abschreibung,
2. Verwaltungskosten,
3. Betriebskosten,
4. Instandhaltungskosten,
5. Mietausfallwagnis.

§ 7

Die Abschreibung ist anzusetzen in Höhe von jährlich 1 v. H. der nachgewiesenen tatsächlichen Baukosten (§ 4). Macht der Antragsteller anstelle der tatsächlichen Bau- und Grundstückskosten die Pauschalbeträge nach § 5 geltend, so beträgt die Abschreibung hiervon jährlich 0,7 v. H.

§ 8

Für Verwaltungskosten sind je Wohnung jährlich 100,— DM anzusetzen.

§ 9

(1) Betriebskosten sind die Kosten, die dem Vermieter durch den bestimmungsmäßigen Gebrauch des Gebäudes oder der Wirtschaftseinheit, der Nebengebäude, Anlagen, Einrichtungen und des Grundstücks laufend entstehen. Als Betriebskosten können nur berücksichtigt werden:

1. Laufende öffentliche Lasten des Grundstücks, namentlich die Grundsteuer, jedoch nicht die Hypothekengewinnabgabe,
2. Kosten des Betriebs des Fahrstuhls,
3. Kosten der Straßenreinigung, Müllabfuhr und Entwässerung abzüglich aller laufenden Mehrbelastungen seit dem 1. April 1945,
4. Kosten des Wasserverbrauchs abzüglich laufender Mehrbelastungen an öffentlich-rechtlichen Benutzungsgebühren seit dem 1. April 1945,
5. Kosten der Hausreinigung,
6. Kosten der Gartenpflege,
7. Kosten der Beleuchtung,
8. Kosten der Schornsteinreinigung,
9. Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung,
10. Kosten für den Hausmeister,
11. Kosten des Betriebs der Gemeinschaftsantenne,
12. sonstige Kosten (Absatz 2).

(2) Sonstige Kosten dürfen als Betriebskosten nur angesetzt werden, wenn sie mit der Bewirtschaftung des Gebäudes oder der Wirtschaftseinheit unmittelbar zusammenhängen. Dies gilt insbesondere für Betriebskosten zugehöriger Nebengebäude, Anlagen und Einrichtungen.

(3) Sach- und Arbeitsleistungen des Vermieters, durch die Betriebskosten erspart werden, dürfen mit dem Betrage angesetzt werden, der für eine gleichwertige Leistung eines Dritten, insbesondere eines Unternehmers, angesetzt werden könnte.

(4) Soweit Kosten im Sinne der Absätze 1 bis 3 neben der Grundmiete auf den Mieter umgelegt werden, dürfen sie nicht als Betriebskosten angesetzt werden.

(5) Der Ertragsberechnung sind die im Kalenderjahr vor der Antragstellung angefallenen Betriebskosten zugrunde zu legen. Zu erwartende Mehr- oder Minderaufwendungen im Jahr der Antragstellung sind nur zu berücksichtigen, wenn sie der Höhe nach eindeutig feststehen.

§ 10

Für Instandhaltungskosten sind je Quadratmeter Wohnfläche jährlich 3,80 DM anzusetzen; dieser Betrag erhöht sich für Wohnungen mit Bad um 0,40 DM, mit Sammelheizung um 0,30 DM und mit Fahrstuhl um 0,25 DM. Weist eine Wohnung mehrere dieser Ausstattungsmerkmale auf, so sind die Steigerungsbeträge nebeneinander zu gewähren.

§ 11

Das Mietausfallwagnis ist mit einem Satz von 2 v. H. der nach § 1 des Siebenten Bundesmietengesetzes erhöhten Jahresgrundmiete anzusetzen.

§ 12

Anstelle der nach §§ 7 bis 11 ermittelten Bewirtschaftungskosten kann ein Pauschalbetrag von 12 DM je Quadratmeter Wohnfläche im Jahr angesetzt werden.

§ 13

Die Wohnfläche ist nach §§ 42 bis 44 der Zweiten Berechnungsverordnung zu berechnen.

§ 14

Als Erträge sind die gemäß § 1 Abs. 1 des Siebenten Bundesmietengesetzes erhöhten Grundmieten anzu-

setzen. Als Ertrag gilt auch der entsprechende Mietwert von Räumen, die vom Vermieter selbst benutzt werden oder auf Grund eines anderen Rechtsverhältnisses als Miete oder Pacht überlassen sind.

§ 15

(1) Übersteigen die laufenden Aufwendungen die Erträge um mindestens 10 v. H., so ist eine Erhöhung der Grundmiete bis zur Höhe der laufenden Aufwendungen zuzulassen. Die Erhöhung wird in Form einer monatlichen Grundmiete je Quadratmeter Wohnfläche genehmigt.

(2) Neben der genehmigten Grundmiete nach Absatz 1 dürfen die in § 1 Abs. 2 Satz 1 des Siebenten Bundesmietengesetzes genannten Beträge weiter erhoben werden.

§ 16

Zur Erteilung von Genehmigungen nach dieser Verordnung sind die Landeshauptstadt München und das Landratsamt München zuständig. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach der Lage der Wohnung.

§ 17

Diese Verordnung tritt am 3. August 1971 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1972 außer Kraft.

München, den 30. Juli 1971

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung über die Versorgung der Erzbischöfe, Bischöfe, Dignitäre und Kanoniker

Vom 20. Mai 1971

Auf Grund des Art. I Abs. VI des Gesetzes über die Bezüge der Erzbischöfe, Bischöfe und Mitglieder der Domkapitel sowie über die Zuschüsse zum Personalaufwand des Landeskirchenrates vom 7. April 1925 (BayBS II S. 660), in der Fassung des Zweiten Bayerischen Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 29. Mai 1970 (GVBl. S. 201), erlassen die Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Anknüpfungstatbestand, Bemessungsgrundlagen

(1) Erzbischöfe, Bischöfe, Dignitäre und Kanoniker (Versorgungsberechtigte) erhalten im Falle eines auf vorzeitiger oder altersbedingter Dienstunfähigkeit (§ 2) beruhenden Amtsverzichts eine lebenslängliche Versorgungsrente. Der Anspruch auf die Versorgungsrente entsteht mit dem Wirksamwerden des Amtsverzichts. Die Wirksamkeit des Amtsverzichts einschließlich des hierbei zu beachtenden Verfahrens richtet sich nach kirchlichem Recht.

(2) Die Höhe der Versorgungsrente wird nach Maßgabe der §§ 3 bis 6 auf der Grundlage der nach dem eingangs genannten Gesetz zuletzt gewährten Rente und der im kirchlichen Dienst verbrachten Zeit berechnet.

§ 2

Feststellung der Dienstunfähigkeit

(1) Eine Versorgungsrente nach § 1 wird nur gewährt, wenn

1. der Rentenberechtigte im Zeitpunkt des Wirksamwerdens seines Amtsverzichts das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
2. das für ihn zuständige bischöfliche Ordinariat dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus unter Beifügung eines amtsärztlichen Zeugnisses be-

stätigt hat, daß der Amtsverzicht auf dauernde Dienstunfähigkeit zurückzuführen ist. Dienstunfähigkeit ist gegeben, wenn der Berechtigte infolge körperlicher Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte nicht in der Lage ist, seine Dienstpflichten zu erfüllen.

(2) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann im Fall des Absatzes 1 Ziffer 2 von einem amtsärztlichen Zeugnis absehen, wenn der Rentenberechtigte im Zeitpunkt des Wirksamwerdens seines Amtsverzichts das 62. Lebensjahr vollendet hat.

§ 3

Rentenfähige Dienstbezüge

(1) Als Bestandteile der zuletzt gewährten Rente (§ 1 Abs. 2) gelten für die Berechnung der Versorgungsrente:

1. Der ungekürzte Rentengrundbetrag, der dem Versorgungsberechtigten nach dem eingangs genannten Gesetz zuletzt zugestanden hat;
2. der sich aus der entsprechenden Anwendung des Bayerischen Besoldungsgesetzes ergebende Ortszuschlag;
3. die Zulage für Weihbischöfe sowie die Dienstentschädigung für Generalvikare, sofern der Versorgungsberechtigte diese Funktion oder dieses Amt bei seinem Amtsverzicht innehatte.

(2) Hat ein Versorgungsberechtigter das Amt, auf das er verzichtet hat, nicht mindestens ein Jahr innegehabt, so wird der Berechnung der Versorgungsrente nur die für das vorher bekleidete Amt gewährte Rente zugrundegelegt. Hat der Berechtigte für dieses Amt keine Rente erhalten, so errechnet sich die Versorgungsrente aus 50 v. H. der zuletzt gewährten Rente.

(3) Absatz 2 gilt nicht, wenn der Versorgungsrechtige vor Vollendung des 65. Lebensjahres und vor Ablauf der in Absatz 2 Satz 1 genannten Frist wegen Dienstunfähigkeit auf sein letztes Amt verzichtet hat oder die Obliegenheiten dieses Amtes ein Jahr lang tatsächlich wahrgenommen hat.

(4) Für eine Erhöhung oder Verminderung der Versorgungsrenten gilt Art. 93 Abs. 2 BayBG entsprechend.

§ 4

Versorgungsrentenfähige Dienstzeiten

(1) Im kirchlichen Dienst ist die Zeit verbracht, während der der Versorgungsberechtigte nach seiner Priesterweihe hauptberuflich im kirchlichen Dienst beschäftigt war.

(2) Als im kirchlichen Dienst verbracht gilt die Zeit der theologischen Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule nach Vollendung des 17. Lebensjahres, soweit sie die kirchlich festgelegte Mindestdauer des Theologiestudiums nicht überschreitet. Als im kirchlichen Dienst verbracht gelten ferner die Zeiten, während der der Versorgungsberechtigte nach Vollendung des 17. Lebensjahres hauptberuflich im öffentlichen Dienst im Sinne des Art. 171 Abs. 6 BayBG verwendet war, sowie weiterhin die nach Art. 127 Abs. 1 BayBG ruhegehaltfähigen Zeiten.

§ 5

Ruhegehaltsskala

Die Versorgungsrente beträgt bis zur Vollendung einer zehnjährigen im kirchlichen Dienst verbrachten Zeit (§ 4) 35 v. H. der zuletzt gewährten Rente (§ 3) und steigt von da ab mit jedem weiteren im kirchlichen Dienst verbrachten Jahr

bis zum vollendeten 25. Jahr um 2 v. H., von da ab um 1 v. H.

der zuletzt gewährten Rente bis zum Höchstsatz von 75 v. H. Ein Rest der im kirchlichen Dienst verbrach-

ten Zeit von mehr als 182 Tagen gilt als vollendetes Jahr.

§ 6

Erhalten Ruhestandsbeamte des Freistaates Bayern einen bestimmten Hundertsatz ihrer Versorgungsbezüge als (Weihnachts-)Zuwendung, so wird zu den Versorgungsrenten der Bischöfe, Dignitäre und Kanoniker, die auf ihr Amt verzichtet haben, ein entsprechender Zuschlag gewährt.

§ 7

Zahlung, Rückforderung

(1) Die Versorgungsrente wird monatlich im voraus, letztmals für den Sterbemonat gezahlt.

(2) Für die Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsrente gilt Art. 94 Abs. 2 BayBG entsprechend mit der Maßgabe, daß die Zustimmung nach Satz 3 dieser Vorschrift das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erteilt.

§ 8

Erlöschen der Versorgungsrente

Der Anspruch auf Versorgungsrente erlischt, wenn der Berechtigte nach kirchlichem Recht die Zugehörigkeit zum geistlichen Stande verliert.

§ 9

Anrechnung und Ruhesregelungen

(1) Leistungen kirchlicher Emeritenanstalten, auf die ein Rechtsanspruch besteht, werden auf die Versorgungsrente angerechnet. Ferner werden angerechnet Versorgungs- und Rentenleistungen, die auf einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Art. 171 Abs. 6 BayBG) beruhen.

(2) Bezieht ein Versorgungsberechtigter aus einem anderen kirchlichen Amt oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Art. 171 Abs. 6 BayBG) ein Einkommen, so erhält er die Versorgungsrente nur insoweit, als das Einkommen hinter der nachstehend unter a) und b) bezeichneten Höchstgrenze zurückbleibt. Als Höchstgrenze gilt

- a) bei Berechtigten, die das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die für denselben Zeitraum bessere Rente des Amtes, auf das der Berechtigte Verzicht geleistet hat, wobei von der höchsten Dienstaltersstufe auszugehen ist;
- b) für Berechtigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, der Betrag nach a), erhöht um 60 v. H. des Gesamteinkommens aus der Versorgungsrente und der anderen Verwendung in einem kirchlichen Amt oder im öffentlichen Dienst, das diese Höchstgrenze übersteigt.

§ 10

Unterrichtung

Das jeweilige bischöfliche Ordinariat verständigt die Bezirksfinanzdirektion München und die Staatsoberkasse München, wenn der Versorgungsberechtigte

1. seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt verlegt,
2. Leistungen der in § 9 Abs. 1 genannten Art oder ein Einkommen im Sinne des § 9 Abs. 2 erstmals oder in anderem Umfang als vordem bezieht,
3. die Zugehörigkeit zum geistlichen Stande verliert.

§ 11

Zuständigkeit

(1) Die Festsetzung, Regelung und Anweisung der Versorgungsrente obliegt der Bezirksfinanzdirektion München. Sie unterliegt hierbei den Anweisungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

(2) Für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Versorgungsrenten ist die Staatsoberkasse München zuständig.

§ 12

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in Kraft.

(2) Ist ein Amtsverzicht bereits vor diesem Zeitpunkt wirksam geworden, so werden Zahlungen erst ab 1. Januar 1970 geleistet.

München, den 20. Mai 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen**

Dr. Schedl, Staatsminister

Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen

Vom 24. Juni 1971

Auf Grund der Art. 5 Abs. 2, 10, 29 Abs. 2 und 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG) vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes zur Änderung des Sonderschulgesetzes vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 495), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Schulordnung gilt für die öffentlichen Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen. Sie gilt ferner für private Schulen, welchen die Eigenschaft einer staatlich anerkannten Ersatzschule verliehen wurde, im Rahmen des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in Bayern — EUG — vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19). Darüber hinaus sind die §§ 2 bis 6 sowie die Bestimmungen des Abschnitts B für alle privaten Schulen verbindlich.

Abschnitt A

Ausbildung

§ 2

Ausbildungsstätte

(1) Die Ausbildung für den Beruf der Wirtschaftserin erfolgt in den Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen.

(2) Die Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen werden in der Regel in Verbindung mit hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Berufsschulen oder Berufsfachschulen der Fachrichtung Hauswirtschaft oder Hauswirtschaft und Kinderpflege oder Grundlehrgängen für Hauswirtschaft und Sozialberufe oder Frauenfachschulen errichtet.

§ 3

Aufgaben

Die Wirtschaftserin muß durch ihre Ausbildung insbesondere befähigt werden zur

1. selbständigen Führung eines größeren fremden Familienhaushaltes,
2. selbständigen Leitung von Teilbereichen in hauswirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieben,
3. Anleitung und Beaufsichtigung von hauswirtschaftlichen Hilfskräften innerhalb der einzelnen Arbeitsgebiete.

§ 4

Dauer der Ausbildung

(1) Die Ausbildung dauert mindestens ein Schuljahr. Der Schulträger kann eine längere Ausbildungsdauer festlegen.

(2) Die Fachschule kann auch als Teilzeitschule errichtet werden, jedoch muß der Umfang der Ausbildung Absatz 1 Satz 1 entsprechen.

§ 5

Aufnahme

(1) Die Aufnahme in eine Fachschule für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen setzt voraus

1. die Vollendung des 18. Lebensjahres;
2. die erfolgreiche Erfüllung der Volks- und Berufsschulpflicht;
3. eine Berufsausbildung. Diese ist nachzuweisen entweder
 - a) durch die Abschlußprüfung als „geprüfte Hauswirtschaftsgehilfin“ und ein einjähriges Praktikum in einem hauswirtschaftlichen Betrieb oder
 - b) durch das Abschlußzeugnis einer zweijährigen Berufsfachschule der Fachrichtung Hauswirtschaft oder Hauswirtschaft und Kinderpflege oder den entsprechenden Grundlehrgängen und ein einjähriges Praktikum in einem hauswirtschaftlichen Betrieb oder
 - c) durch das Abschlußzeugnis einer einjährigen Berufsfachschule der Fachrichtung Hauswirtschaft oder Hauswirtschaft und Kinderpflege oder dem entsprechenden Grundlehrgang und ein zweijähriges Praktikum in einem hauswirtschaftlichen Betrieb oder
 - d) durch eine vierjährige hauswirtschaftliche Berufstätigkeit, von der ein Jahr in einem hauswirtschaftlichen Betrieb abgeleistet sein muß und das Abschlußzeugnis der hauswirtschaftlichen Berufsschule;
4. die Freiheit von ansteckenden oder ekelerregenden Erkrankungen.
 - (2) Bei der Aufnahme in die Fachschule sind folgende Nachweise vorzulegen:
 - a) Abschlußzeugnis der Volksschule und der Berufsschule oder gleichwertige Schulzeugnisse
 - b) Zeugnis über den Abschluß der hauswirtschaftlichen Berufsausbildung
 - c) Zeugnis über das geforderte hauswirtschaftliche Praktikum oder hauswirtschaftliche Berufstätigkeit
 - d) auf Verlangen der Schule ein ärztliches Zeugnis über das Fehlen von Krankheiten, welche die Aufnahme hindern würden.
 - (3) Die Aufnahme in eine Fachschule für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen kommt nicht in Betracht, wenn Tatsachen vorliegen, die erhebliche Bedenken an der charakterlichen Eignung des Bewerbers rechtfertigen.
 - (4) Die Anmeldung zur Ausbildung ist an die Leitung der Fachschule zu richten. Es sind außer den Nachweisen nach Absatz 2 beizufügen
 - a) eine selbstverfaßte handschriftliche Darstellung des Lebenslaufs, des Bildungsganges, gegebenenfalls des beruflichen Werdeganges,
 - b) ein amtliches Führungszeugnis
 - (5) Die Aufnahme erfolgt auf Probe. Die Probezeit beträgt drei Monate; in Einzelfällen kann sie auf sechs Monate verlängert werden. Über die endgültige Aufnahme entscheidet die Lehrerkonferenz.

§ 6

Studentafel, Lehrplan

(1) Für die Ausbildung in einer Fachschule für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen gelten die Studentafel gemäß Anlage I und der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu erlassende Mindestlehrplan. Die Stundenzahlen der Studentafel sowie der Mindestlehrplan sind verbindlich. Abweichungen bedürfen der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Die Schule ist nicht gehindert, die Stundenzahlen sowie den Lehrplan auszuweiten sowie weitere Fächer (Wahlfächer) anzubieten.

(2) Die fachtheoretische und fachpraktische Ausbildung wird ergänzt durch eine betriebspraktische Ausbildung (Betriebspraxis) von 320 Stunden. Die Betriebspraxis kann abgeleistet werden

- a) in den hauswirtschaftlichen Betriebsbereichen der Schule (z. B. Internat, Schulküche)
- b) in hauswirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieben wie Krankenhäusern, Jugend- und Schulheimen, Altenheimen, Betriebskantinen, sofern diese vom Schulleiter als geeignet angesehen werden.

Die betriebspraktische Ausbildung kann als unterrichtsbegleitendes Praktikum mit acht Stunden pro Woche, als Blockpraktikum von acht Wochen Dauer, oder bei entsprechender Dauer auch in Mischform (teils als unterrichtsbegleitendes Praktikum, teils als Blockpraktikum) durchgeführt werden. Die Ausgestaltung des Praktikums bleibt in den Einzelheiten der Schulleitung überlassen.

§ 7

Schulgeld- und Lernmittelfreiheit

Das Gesetz über die Lernmittelfreiheit vom 5. März 1949 (BayBS II S. 578) und das Gesetz über die Schulgeldfreiheit vom 5. März 1949 (BayBS II S. 578) finden auf die öffentlichen Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen keine Anwendung.

§ 8

Sinngemäße Anwendung der Schulordnung für Gymnasien

Für die Teilnahme am Unterricht und an Schulveranstaltungen, die Unterrichtsvorbereitung und den Unterrichtsbetrieb, das Verhalten innerhalb und außerhalb der Schule, das Verhältnis Schüler und Lehrer, die Schülermitverwaltung, die Schulstrafen, die Verhinderung am Schulbesuch, ansteckende Krankheiten und ärztliche Untersuchungen finden die Bestimmungen der Schulordnung für die Gymnasien sinngemäße Anwendung. Soweit danach die Zuständigkeit des Ministerialbeauftragten gegeben wäre, tritt an dessen Stelle die zuständige Regierung.

Abschnitt B

Abschlußprüfung

§ 9

Zweck und Bedeutung der Abschlußprüfung

(1) Die Ausbildung an den Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftserinnen wird durch eine Prüfung unter staatlicher Aufsicht abgeschlossen.

(2) In der Prüfung haben die Teilnehmer ihre Befähigung für den Beruf der Wirtschaftserin nachzuweisen.

§ 10

Prüfungsausschuß

(1) Zur Durchführung der Prüfung wird bei jeder Fachschule ein Prüfungsausschuß gebildet. Ihm gehören an:

- a) Ein Vertreter der zuständigen Regierung oder ein von ihr Beauftragter als Vorsitzender,
- b) der Schulleiter als stellvertretender Vorsitzender,
- c) die Lehrkräfte, die in den Prüfungsfächern der schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung planmäßigen Unterricht gehalten haben,
- d) die Vorsitzende des zuständigen Ortsausschusses für die hauswirtschaftliche Berufsausbildung.

(2) Bei den Abstimmungen des Prüfungsausschusses entscheidet die einfache Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Prüfungsvorsitzenden. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(3) Der Schulträger kann zur mündlichen und praktischen Prüfung einen Vertreter entsenden; dieser kann an den Beratungen des Prüfungsausschusses teilnehmen, ist jedoch nicht stimmberechtigt.

§ 11

Jahresfortgangsnote und Zulassung zur Abschlußprüfung

(1) Die Lehrerkonferenz, das sind alle in einer Klasse unterrichtenden Lehrer unter dem Vorsitz des Schulleiters, stellt angemessene Zeit vor Beginn der schriftlichen Prüfung die Jahresfortgangsnote in den einzelnen in der Studentafel aufgeführten Fächern fest. Sie werden in einer Prüfungsliste (Anlage II) eingetragen, die dem Prüfungsvorsitzenden vor Beginn der Prüfung vorgelegt wird. Für die Notengebung im Jahresfortgang gilt § 16 entsprechend. Die Jahresfortgangsnote ergibt sich aus der Beurteilung der Schulaufgaben, der praktischen Probeaufgaben, den Besichtigungsergebnissen aus der Berufspraxis (vgl. § 6) sowie den mündlichen Leistungen während des Schuljahres. Die Jahresfortgangsnoten sind den Schülerinnen vor Beginn der Prüfung bekanntzugeben.

(2) Zur Abschlußprüfung sind alle Schülerinnen zugelassen, welche die Ausbildung nach Abschnitt A durchlaufen und im Durchschnitt des Jahresfortganges in den fachpraktischen Fächern, in der Betriebspraxis und im Fach hauswirtschaftliche Betriebskunde mit Rechnen und hauswirtschaftlicher Buchführung die Note ausreichend (4) oder besser erzielt haben. In der Prüfungsliste (Anlage II) ist kenntlich zu machen, bei welchen Schülerinnen diese Voraussetzung nicht erfüllt ist.

(3) Schülerinnen, welche gemäß Absatz 2 zur Prüfung nicht zugelassen sind, müssen das Schuljahr wiederholen. Eine Wiederholung ist insgesamt höchstens zweimal möglich.

(4) Hat der Schulträger eine mehr als einjährige Schuldauer eingeführt (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1), erhalten die Schülerinnen nach dem ersten Jahr (1. Ausbildungsabschnitt) ein Jahreszeugnis. Für die Notengebung gelten die §§ 11 Abs. 1 und 16 entsprechend. Schülerinnen rücken in den 2. Ausbildungsabschnitt vor, wenn der Durchschnitt der Fortgangsnote des ersten Jahres mindestens ausreichend (4) ist. Für die Zulassung zur Abschlußprüfung ist der Fortgang im 2. Ausbildungsabschnitt entscheidend. Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend.

§ 12

Durchführung der Prüfung

(1) Die Prüfung findet am Ende der Ausbildung statt. Den Zeitpunkt der schriftlichen Prüfung bestimmt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der weitere Prüfungsplan wird vom Prüfungsausschuß festgesetzt. Zeit und Ort der Prüfung werden spätestens drei Wochen vor Beginn der Prüfung den Prüfungsteilnehmern bekanntgegeben.

(2) Die Prüfung wird in den Räumen der Schule abgehalten. Der Schulträger stellt die erforderlichen Räume und das notwendige Material zur Verfügung.

(3) Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Prüfungsarbeiten, Prüfungsergebnisse und alle Prüfungsvorgänge sind vertraulich zu behandeln.

(4) Über jede Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der mit der Protokollführung beauftragten Lehrkraft zu unterschreiben ist. Die Niederschrift muß enthalten:

- a) Zusammensetzung des Prüfungsausschusses
- b) Prüfungsfächer und Prüfungsaufgaben
- c) Namen der Prüfungsteilnehmer
- d) Zeit, Ort und Dauer der Prüfung in den einzelnen Prüfungsfächern
- e) Beschlüsse des Prüfungsausschusses
- f) Entscheidungen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses
- g) besondere Vorkommnisse

(5) Die Noten (Jahresfortgangsnoten, Noten in der schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung und Gesamtnote) sind in der Prüfungsliste (Anlage II) einzutragen.

(6) Die Prüfungsteilnehmer können nach Abschluß der Prüfung Einsicht in ihre bewerteten Prüfungsarbeiten nehmen.

§ 13

Rücktritt

Tritt eine Prüfungsteilnehmerin nach Beginn der von ihr abzulegenden Prüfung zurück, so gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden, es sei denn, daß der Rücktritt aus Gründen erfolgt, die sie nicht zu vertreten hat. In diesem Falle findet § 14 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

§ 14

Versäumnis von Prüfungen

(1) Nimmt eine Prüfungsteilnehmerin an der Prüfung in einem der vorgeschriebenen Prüfungsfächer aus Gründen, die sie zu vertreten hat, nicht teil, so erhält sie in der nicht abgelegten Prüfungsarbeit die Note ungenügend (6). Die Nichtteilnahme an der Prüfung in zwei oder mehr Fächern gilt als Rücktritt mit der Folge des § 13.

(2) Versäumt eine Prüfungsteilnehmerin aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Prüfung, so kann sie diese zum nächsten Prüfungstermin nachholen; einer Wiederholung der Ausbildung (§ 3) bedarf es hierzu nicht. Die Einräumung von Sonderterminen steht im Ermessen des Prüfungsausschusses. Kann eine Prüfungsteilnehmerin aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, an der Prüfung in weniger als vier Prüfungsfächern nicht teilnehmen, so erhält sie einen Termin zur Nachholung der versäumten Prüfungsarbeiten. Der Nachweis über die Verhinderung ist unverzüglich zu erbringen, bei Krankheit durch ein ärztliches Zeugnis.

(3) Der Prüfungsausschuß entscheidet, ob eine Prüfungsteilnehmerin die Gründe für ein Versäumnis zu vertreten hat.

§ 15

Unterschleif, Täuschung

(1) Wird durch Unterschleif oder Täuschung ein Prüfungsergebnis zu beeinflussen versucht oder hierzu Beihilfe geleistet, erhält der Prüfling in dieser Prüfungsarbeit die Note ungenügend (6).

(2) In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuß die Prüfungsteilnehmerin von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen; die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht bestanden.

(3) Werden Unterschleife oder Täuschung erst nachträglich bekannt, so gelten die Bestimmungen des Absatzes 1 und Absatzes 2 in gleicher Weise. Die Prüfungsergebnisse sind entsprechend zu berichtigen; bereits ausgehändigte Prüfungszeugnisse und Urkunden sind einzuziehen.

§ 16

Bewertung der Leistung

Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- sehr gut (1) = eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,
- gut (2) = eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,
- befriedigend (3) = eine Leistung, die den Anforderungen im allgemeinen entspricht,
- ausreichend (4) = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht,
- mangelhaft (5) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, aber erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten,
- ungenügend (6) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

Zwischennoten sind nicht zulässig.

§ 17

Art der Prüfung

(1) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen, einem mündlichen und einem praktischen Teil.

(2) Die schriftliche Prüfung besteht aus einer dreistündigen Aufsichtsarbeit aus Deutsch und

einer dreistündigen Aufsichtsarbeit aus hauswirtschaftlicher Betriebskunde mit Rechnen und hauswirtschaftlicher Buchführung. Die Bearbeitungszeit soll je zur Hälfte auf hauswirtschaftliche Betriebskunde und hauswirtschaftliches Rechnen / hauswirtschaftliche Buchführung entfallen.

(3) Die mündliche Prüfung umfaßt die Fächer

Berufskunde,

Erziehungskunde und Methodik der Anleitung,

Gesundheitslehre und Betriebshygiene,

Ernährungslehre und Nahrungsmittellehre,

Werkstofflehre einschließlich Textilkunde,

Geräte- und Maschinenkunde einschließlich Haustechnik.

Die Prüfungsteilnehmerinnen entscheiden sich für zwei der mündlich zu prüfenden Fächer. Eine mündliche Prüfung erfolgt ferner in denjenigen von der mündlichen Prüfung umfaßten Fächern, in denen im Jahresfortgang eine schlechtere Note als ausreichend (4) erzielt wurde, es sei denn, das Fach wurde vom Prüfling selbst schon gewählt. Die mündliche Prü-

fung dauert in jedem Fach nicht länger als zehn Minuten. Bei Gruppenprüfungen (siehe § 19 Abs. 1) verdoppelt oder vervielfacht sich die Zeit entsprechend der Zahl der Teilnehmerinnen.

(4) Die praktische Prüfung umfaßt eine verantwortungsvolle Aufgabe aus der Betriebspraxis einschließlich der Anleitung von hauswirtschaftlichen Hilfskräften in Verbindung mit einem fachpraktischen Fach. Für die praktische Prüfung stehen sechs Zeitstunden zur Verfügung.

§ 18

Schriftliche Prüfung

(1) Die Aufgaben der schriftlichen Aufsichtsarbeiten nach § 14 Abs. 2 werden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf Grund der Vorschläge der Fachschulen für Hauswirtschaft zur Ausbildung von Wirtschaftlerinnen bestimmt. Für jedes Fach, das am Prüfungstag zur Auswahl steht, übermittelt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Fachschulen in verschlossenem Umschlag mehrere Aufgaben. Der Prüfungsausschuß oder von diesem bestimmte Lehrkräfte oder der Fachschule öffnen den Umschlag eine halbe Stunde vor Prüfungsbeginn und wählen drei Aufgaben zur Bekanntgabe an die Prüfungsteilnehmerinnen, die eine Aufgabe zur Bearbeitung zu wählen haben.

(2) Das Öffnen der Prüfungsaufgaben durch den Prüfungsausschuß kann erst geschehen, nachdem sich zwei Prüfungsteilnehmerinnen in Vertretung für alle Prüfungsteilnehmerinnen von der Unversehrtheit des Verschlusses überzeugen konnten.

(3) Die Aufgaben werden unter Aufsicht von allen Prüfungsteilnehmerinnen zur gleichen Zeit bearbeitet. Die Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel ist unzulässig. Die aufsichtsführenden Lehrkräfte haben die Prüfungsteilnehmerinnen vor Beginn der Prüfung ausdrücklich auf die Folgen eines Unterschleifs hinzuweisen. Es ist darauf zu achten, daß während der Arbeitszeit jeweils nicht mehr als eine Prüfungsteilnehmerin den Prüfungsraum verläßt. Die Schulleitung hat sich von der gewissenhaften Durchführung der Aufsicht wiederholt zu überzeugen.

(4) Die schriftlichen Aufgaben werden durch die Lehrkraft des Faches (Erstkorrektor) sowie eine zweite, vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellte Lehrkraft (Zweitkorrektor) bewertet. Die unterschiedliche Bewertung entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 19

Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung findet nach der schriftlichen Prüfung statt. Den Prüfungsteilnehmern ist der Zeitpunkt der mündlichen Prüfung bekanntzugeben. Den Termin für die Auswahl der zwei zu prüfenden Fächer durch die Prüfungsteilnehmerinnen bestimmt der Prüfungsausschuß.

Die mündliche Prüfung kann auch als Gruppenprüfung, jedoch für höchstens drei Teilnehmerinnen durchgeführt werden.

Zur Durchführung der mündlichen Prüfung werden für die einzelnen Prüfungsfächer durch den Prüfungsausschuß Prüfungskommissionen mit je drei Mitgliedern gebildet.

(2) Die Prüfung soll nicht im Abfragen von Gedächtnisstoff, sondern in einer Aussprache über umfassendere Fragen der einzelnen Gebiete bestehen, die für den Beruf der Wirtschaftlerin von Bedeutung sind und Gelegenheit geben, auch die allgemeine geistige Reife, die Auffassungsgabe und Urteilsfähigkeit der Prüfungsteilnehmerin zu erkennen. Das Prüfungsgespräch führt die Lehrkraft, die in dem je-

weiligen Prüfungsfach planmäßigen Unterricht gehalten hat. Für beide Fächer ist eine Bewertung unter Verwendung der Noten des § 13 zu treffen und in die Prüfungsliste einzutragen.

§ 20

Praktische Prüfung

(1) Die praktische Prüfung ist zeitlich vor der schriftlichen Prüfung durchzuführen.

(2) Die Aufgaben der praktischen Prüfung werden durch den Prüfungsausschuß ausgewählt. Sie werden 24 Stunden vor Beginn der Prüfung durch das Los zugeteilt.

(3) Unmittelbar nach der Aufgabenzuteilung erläutern die Prüfungsteilnehmerinnen in einer zweistündigen Bearbeitungszeit unter Aufsicht den Organisations- und Arbeitsplan. Im Los ist festgelegt, welche Hilfsmittel dazu benützt werden dürfen. Ferner ist im Los angegeben, wieviele Hilfskräfte für die Durchführung der Prüfungsaufgabe zur Verfügung stehen. Alle weiteren Vorbereitungen in materieller und organisatorischer Hinsicht sind sodann von der Prüfungsteilnehmerin zu treffen.

(4) Während der praktischen Prüfungsarbeit stellt die Lehrkraft, die im Prüfungsfach planmäßigen Unterricht erteilt, der Prüfungsteilnehmerin Fragen, die im Zusammenhang mit der Aufgabe stehen. Während der praktischen Prüfung muß mindestens noch ein weiteres, vom Schulleiter bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses anwesend sein.

(5) Bei der Bewertung der Prüfungsleistungen wird sowohl für das fachpraktische Fach, das im Mittelpunkt der Prüfungsaufgabe stand, als auch für die Betriebspraxis eine Note gebildet. Bei der Notenbildung für das fachpraktische Fach ist die Ausführung der Arbeit und das Arbeitsergebnis maßgebend; für die Betriebspraxis die Planung, die Vorbereitung, die Anleitung der Hilfskräfte und der Arbeitsablauf. Die Bewertung der praktischen Prüfung erfolgt auf Vorschlag der Lehrkraft, die den Prüfungsablauf verfolgt und protokolliert hat, durch den Prüfungsausschuß. Die Bewertung der beiden Fachbereiche ist unter Verwendung der Noten des § 16 zu treffen und in die Prüfungsliste einzutragen.

§ 21

Notenbildung

(1) Für jedes Prüfungsfach ist aus der Prüfungsnote und der Jahresfortgangsnote eine Zeugnisnote festzusetzen. Prüfungsnote und Jahresfortgangsnote haben gleiches Gewicht mit Ausnahme der Noten für die schriftlichen Prüfungsarbeiten. Sie zählen doppelt soviel wie die Jahresfortgangsnote. Zwischennoten sind auf- oder abzurunden. § 23 Abs. 3 findet hierbei sinngemäße Anwendung.

(2) In den Fächern, die nicht Gegenstand der schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung sind, ist die Jahresfortgangsnote gleichzeitig die Zeugnisnote.

(3) Die Gesamtnote ist das arithmetische Mittel aus den Zeugnisnoten mit Ausnahme der Noten in den Wahlfächern sowie in den Fächern musische Erziehung und Leibeserziehung. Das Fach Betriebspraxis zählt doppelt.

(4) Die Gesamtnote kann lauten:

Sehr gut bestanden	= 1,00 — 1,50
gut bestanden	= 1,51 — 2,50
befriedigend bestanden	= 2,51 — 3,50
bestanden	= 3,51 — 4,00

§ 22

Prüfungsergebnis

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Gesamtnote schlechter als 4,00 ist. Sie ist ferner nicht bestanden, wenn im Fach hauswirtschaftliche Betriebskunde mit Rechnen und hauswirtschaftlicher Buchführung oder in einem fachpraktischen Fach oder in der Betriebspraxis die Note ungenügend (6) oder in zwei dieser Fächer die Note mangelhaft (5) vorliegt.

§ 23

Prüfungszeugnis

(1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Prüfungszeugnis (Anlage IV)

(2) Im Prüfungszeugnis werden die Zeugnisnoten (§ 21 Abs. 1 und Abs. 2) und die Gesamtnote (§ 21 Abs. 3) ausgewiesen. In der Bemerkung sind die Fächer anzugeben, in denen eine Prüfung stattgefunden hat.

(3) Das Prüfungszeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Schulleiter zu unterschreiben.

§ 24

Berufsbezeichnung, Urkunde

(1) Mit dem Bestehen der Prüfung erwirbt die Prüfungsteilnehmerin die Berechtigung, die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfte Wirtschaftlerin“ zu führen.

(2) Dem Prüfungsteilnehmer ist hierüber ohne Antrag neben dem Prüfungszeugnis eine Urkunde (Anlage III) auszuhändigen. Die Urkunde wird durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und den Schulleiter unterschrieben und mit dem Siegel der Schule versehen.

§ 25

Mitteilung über Nichtbestehen der Prüfung

(1) Wer eine Prüfung nicht bestanden hat, erhält auf Antrag eine Mitteilung, aus der die Gründe des Nichtbestehens ersichtlich sind. Auf Antrag werden darin die erzielten Zeugnisnoten aufgeführt.

(2) Die Mitteilung über das Nichtbestehen wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ausgestellt.

§ 26

Wiederholung der Prüfung

Bei Nichtbestehen der Prüfung muß das Schuljahr, bei längerer Ausbildung der letzte Ausbildungsabschnitt wiederholt werden, bevor sich die Schülerin der Abschlußprüfung erneut stellen darf. Die Regierung kann auf besonderes Gesuch gestatten, daß ein Schuljahr nur zum Teil wiederholt wird. Eine Abkürzung um mehr als die Hälfte ist nicht zulässig. Die Prüfung darf höchstens zweimal wiederholt werden.

§ 27

Übergangsbestimmungen

Wirtschaftlerinnen, die in Bayern vor Erlass dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung eine einjährige Vollzeitausbildung oder eine dementsprechende Teilzeitausbildung als Wirtschaftlerin abgeschlossen und die Prüfung als Wirtschaftlerin mit Erfolg abgelegt haben, kann auf Antrag nach Befürwortung der Schulleitung an der sie die Prüfung abgelegt haben von der für die Schule örtlich zuständigen Regierung die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „staatlich geprüfte Wirtschaftlerin“ zuerkannt werden (Anlage V).

§ 28

Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am 1. August 1971 in Kraft.

München, den 24. Juni 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung über die Errichtung staatlicher Handels- und Wirtschaftsschulen

Vom 30. Juni 1971

Auf Grund des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG) vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 495), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Mit Wirkung vom 1. August 1971 werden im Rahmen des bayerischen Schulentwicklungsplans für die mittleren Schulen und Gymnasien folgende staatliche vierstufige Handels- und Wirtschaftsschulen errichtet:

- a) Staatliche Handels- und Wirtschaftsschule (für Knaben und Mädchen), Bad Neustadt a. d. Saale
- b) Staatliche Handels- und Wirtschaftsschule (für Knaben und Mädchen), Waldmünchen.

§ 2

(1) Die in § 1 aufgeführten Schulen nehmen den Unterricht mit den 7. Klassen auf.

(2) Die Schulen führen das kleine Staatswappen im Dienstsiegel. Die Umschrift lautet „Staatliche Handels- und Wirtschaftsschule Bad Neustadt a. d. Saale“ bzw. „Staatliche Handels- und Wirtschaftsschule Waldmünchen“. Für die Führung des Dienstsiegels sind die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Wappen des Freistaates Bayern (AVWpG) vom 24. Juli 1964 (GVBl. S. 153) in der Fassung der Verordnung vom 4. März 1969 (GVBl. S. 84), die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 12. Oktober 1950 (BayBS I S. 126) in der Fassung der AVWpG und die Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 31. Januar 1952 (BayBS I S. 128) in der Fassung der Verordnung vom 4. September 1957 (GVBl. S. 301) maßgebend.

§ 3

Träger des Aufwandes für das Hauspersonal und des Sachaufwands im Sinne der Art. 2 mit 4 des Schulfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1966 (GVBl. S. 111), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Oktober 1970 (GVBl. S. 460) ist der jeweils zuständige Landkreis.

§ 4

(1) Die Schulaufsicht wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der jeweils zuständigen Regierung ausgeübt.

(2) Die jeweils zuständige Regierung ist vorgesetzte Behörde im Sinne der Reichswirtschaftsbestimmungen.

(3) Die Aufgaben der Gesundheitsaufsicht und der Bauaufsicht werden der jeweils zuständigen Regierung übertragen.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 30. Juni 1971 in Kraft.
München, den 30. Juni 1971

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Diese Verordnung wurde bereits im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 31 vom 6. August 1971 bekanntgemacht.

Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Stelle für die Laboranten an naturwissenschaftlichen Hochschulinstiuten

Vom 8. Juli 1971

Auf Grund des Art. 1 Abs. 1 und des Art. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes (AGBBiG) vom 23. Juni 1970 (GVBl. S. 246) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr folgende Verordnung:

§ 1

Soweit Laboranten an naturwissenschaftlichen Hochschulinstiuten in Ausbildungsberufen der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden und die Industrie- und Handelskammer gemäß § 75 Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle ist, wird sie gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 1 Berufsbildungsgesetz für die Fälle der §§ 23 und 45 Berufsbildungsgesetz als zuständige Stelle bestimmt. Die Zuständigkeit nach § 24 Berufsbildungsgesetz verbleibt gemäß Art. 3 Abs. 1 Buchstabe a AGBBiG bei der örtlichen zuständigen Regierung.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1971 in Kraft.
München, den 8. Juli 1971

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach § 224 der Bundesrechtsanwaltsordnung

Vom 15. Juli 1971

Auf Grund des § 224 der Bundesrechtsanwaltsordnung BRAO vom 1. August 1959 (BGBl. I S. 565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1141), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

§ 1

Nachstehende Befugnisse, die der Landesjustizverwaltung nach der Bundesrechtsanwaltsordnung zustehen, werden auf die Oberlandesgerichtspräsidenten übertragen:

- 1) die Zurücknahme der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach Verzicht auf die Rechte aus der Zulassung (§ 14 Abs. 1 Nr. 5 BRAO),
- 2) die Zulassung bei einem Gericht im Falle des Wechsels der Zulassung (§ 33 BRAO),
- 3) die Zurücknahme der bisherigen Zulassung bei einem Gericht im Falle des Wechsels der Zulassung (§ 33 Abs. 4 BRAO),

- 4) die Erteilung der Erlaubnis zur Einrichtung von Zweigstellen und zur Abhaltung auswärtiger Sprechstage sowie die Befreiung von der Residenzpflicht, der Widerruf und die Versagung dieser Genehmigungen (§§ 28 und 29 BRAO),
- 5) die Erteilung der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ nach dem Verzicht auf die Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und die Zurücknahme dieser Erlaubnis (§ 17 Abs. 2 und Abs. 3 BRAO),
- 6) die Entscheidungen nach § 47 Abs. 1 Satz 2 und nach § 47 Abs. 2 BRAO,
- 7) die Bestellung eines Vertreters in den Fällen der §§ 53 und 161 BRAO, der Widerruf einer solchen Bestellung und die Entscheidung über die Ablehnung der Vertretung aus wichtigem Grund (§ 161 Abs. 3 BRAO),
- 8) die Bestellung eines Abwicklers einer Anwaltskanzlei (§ 55 BRAO) und der Widerruf einer solchen Bestellung,
- 9) die Bestellung von Untersuchungsrichtern (§ 124 Abs. 2 BRAO),
- 10) die Staatsaufsicht über die Rechtsanwaltskammern (§ 62 Abs. 2 BRAO),
- 11) die Aufsicht über das Ehrengericht (§ 92 Abs. 3 BRAO).

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. September 1971 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach § 224 BRAO vom 17. Dezember 1959 (GVBl. S. 325) außer Kraft.

München, den 15. Juli 1971

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Dr. Philipp Held, Staatsminister

Verordnung über Zulassungsbeschränkungen in der Studienrichtung Psychologie an der Universität Regensburg

Vom 15. Juli 1971

Auf Grund des § 1 Abs. 4 Sätze 2 und 3 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Zulassung zu den bayerischen Hochschulen vom 31. Juli 1970 (GVBl. S. 386), geändert durch Verordnung vom 15. Januar 1971 (GVBl. S. 60), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

(1) An der Universität Regensburg bestehen im Wintersemester 1971/72 Zulassungsbeschränkungen in der Studienrichtung Psychologie.

(2) Die Zulassungsbeschränkungen gelten für das erste und alle höheren Fachsemester.

§ 2

(1) Es werden 100 Studienanfänger zugelassen.

(2) Bewerber für das zweite Fachsemester werden nicht zugelassen. Zulassungen zum dritten Fachsemester können insoweit ausgesprochen werden, als die tatsächliche Zahl der in diesem Semester vorhandenen Studenten unter 100 sinkt. Zulassungen für das

vierte und alle weiteren Fachsemester können nur insoweit ausgesprochen werden, als die Zahl der in diesen Semestern insgesamt vorhandenen Studenten unter 150 sinkt.

§ 3

Die Zulassungsbeschränkungen gelten nicht für Gasthörer.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. September 1971 in Kraft. Sie tritt am 31. März 1972 außer Kraft.

München, den 15. Juli 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Verordnung
zur Änderung der Prüfungsordnung für die
Anstellungsprüfungen (II. Lehramtsprüfungen)
der Fachlehrer und der Lehrerinnen für
Handarbeit und Hauswirtschaft — FPO II —**

Vom 15. Juli 1971

Auf Grund des Art. 115 Abs. 2 letzter Halbsatz des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. November 1970 (GVBl. S. 569) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Landespersonalausschuß folgende Verordnung:

§ 1

Die Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfungen (II. Lehramtsprüfungen) der Fachlehrer und der Lehrerinnen für Handarbeit und Hauswirtschaft — FPO II — vom 10. Mai 1966 (GVBl. S. 179) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Prüfungsordnung

für die Anstellungsprüfungen (II. Lehramtsprüfungen) der Fachlehrer — FPO II —“

2. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die II. Lehramtsprüfungen der Fachlehrer für Leibeseziehung, Musik, Werken, Zeichnen, Kurzschrift und Maschinenschreiben sowie für Handarbeit und Hauswirtschaft sind Anstellungsprüfungen im Sinne des Art. 115 Abs. 1 BayBG. Mit dem Bestehen dieser Prüfung wird die Befähigung für die betreffende Laufbahn nachgewiesen.“

3. Dem § 17 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann dem Prüfungsteilnehmer noch vor Erteilung des Prüfungszeugnisses eine vorläufige Bescheinigung über das Bestehen der Prüfung ausstellen. Mit der Aushändigung oder Zustellung einer solchen Bescheinigung an den Prüfungsteilnehmer ist die Anstellungsprüfung abgelegt.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 15. August 1971 in Kraft.

München, den 15. Juli 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister

**Verordnung
zur Ausgliederung schulischer Ausbildungsgänge
aus staatlichen Ingenieurschulen und
staatlichen Fachschulen mit
Ingenieurabteilung**

Vom 23. Juli 1971

Auf Grund des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG) vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch Art. 73 Abs. 2 des Bayerischen Fachhochschulgesetzes vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 481), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

An Stelle der bisher organisatorisch mit staatlichen Ingenieurschulen und staatlichen Fachschulen mit Ingenieurabteilung zu einer Schuleinheit zusammengefaßten Berufsfachschul- und Fachschulausbildungsgänge werden als organisatorisch selbständige Schulen errichtet:

- a) Durch Ausgliederung aus der Staatlichen Textilfach- und Ingenieurschule Münchberg die „Staatliche Textilfachschule in Münchberg“,
- b) durch Ausgliederung aus der Staatlichen Ingenieurschule und Höheren Wirtschaftsfachschule Rosenheim die „Staatliche Technikerschule in Rosenheim“,
- c) durch Ausgliederung aus der Staatlichen Höheren Fachschule für Porzellan in Selb die „Staatliche Fachschule für Porzellan in Selb“,
- d) durch Ausgliederung aus der Staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Weihenstephan die „Staatliche Fachschule für Blumenkunst in Weihenstephan“ und
- e) durch Ausgliederung aus der Staatlichen Fach- und Ingenieurschule für Glas in Zwiesel die „Staatliche Fach- und Berufsfachschule für Glas in Zwiesel“.

§ 2

(1) Die Schulaufsicht wird von der örtlich zuständigen Regierung ausgeübt.

(2) Die örtlich zuständige Regierung ist vorgesetzte Behörde im Sinne der haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

(3) Amtskasse ist die örtlich zuständige Staatsoberkasse.

§ 3

Über Organisation und Verwaltung sowie für den Schulbetrieb erläßt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus unter Berücksichtigung des Art. 64 Abs. 3 Satz 3 des Bayerischen Fachhochschulgesetzes und des Art. 56b Satz 4 des Hochschullehrergesetzes in der Fassung des Art. 73 Abs. 1 Nr. 5 des Bayerischen Fachhochschulgesetzes weitere Bestimmungen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. August 1971 in Kraft.

München, den 23. Juli 1971

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten in Versorgungsangelegenheiten nach Kapitel I des Bundesgesetzes zu Art. 131 GG**

Vom 29. Juli 1971

Auf Grund des Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Bestimmung der obersten Dienstbehörde im Sinne des Kapitels I des Bundesgesetzes zu Art. 131 GG vom 8. November 1954 (BayBS III S. 416) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über Zuständigkeiten in Versorgungsangelegenheiten nach Kapitel I des Bundesgesetzes zu Art. 131 GG vom 4. Februar 1964 (GVBl. S. 36) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Sachliche Zuständigkeiten

Pensionsfestsetzungsbehörden sind die Bezirksfinanzdirektionen Ansbach, München und Regensburg.“

2. In § 2 Abs. 1 werden die Worte „Pensionsfestsetzungs- und -regelungsbehörden“ durch die Worte „Pensionsfestsetzungsbehörden“ ersetzt.

3. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3

Örtliche Zuständigkeiten

(1) Für die Versorgungsempfänger der früheren Wehrmacht und des früheren Reichsarbeitsdienstes sind örtlich die Bezirksfinanzdirektionen Ansbach und München zuständig, und zwar

die Bezirksfinanzdirektion München

für die in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben wohnenden Versorgungsempfänger,

die Bezirksfinanzdirektion Ansbach

für die in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken wohnenden Versorgungsempfänger.

Sind auf Grund des gleichen Versorgungsfalles mehrere Versorgungsempfänger vorhanden, so ist der Wohnsitz der Witwe oder des Witwers, sofern kein Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld be-

steht, der Wohnsitz des jüngsten Berechtigten maßgebend.

(2) Für die in Absatz 1 Satz 1 nicht genannten Versorgungsempfänger ist die Bezirksfinanzdirektion Regensburg örtlich zuständig.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

4.1 In Absatz 1 werden die Worte „Pensionsfestsetzungs- und -regelungsbehörden“ durch die Worte „Pensionsfestsetzungsbehörden“ ersetzt.

4.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Als Pensionskassen sind zuständig: für laufende Versorgungsleistungen (einschließlich Sterbegelder) die Staatsoberkasse München; für einmalige Versorgungsleistungen die der zuständigen Bezirksfinanzdirektion angegliederte Staatsoberkasse.“

5. § 7 Abs. 3 entfällt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. September 1971 in Kraft.

(2) Soweit sich durch diese Verordnung Zuständigkeiten ändern, geht die Zuständigkeit — auch bei Neuzugängen — erst mit der Übernahme des Einzelalles auf die künftig zuständige Behörde über. Die bisher zuständige Pensionsfestsetzungsbehörde hat den Übergang der Zuständigkeit und die Abgabe der Sachbehandlung dem Versorgungsempfänger schriftlich mitzuteilen. Die bisher zuständige Pensionskasse darf die Zahlung erst einstellen, wenn die zuständig gewordene Pensionskasse die Zahlung aufgenommen hat.

München, den 29. Juli 1971

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Dr. Otto Schedl, Staatsminister

Berichtigung

Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte und Richter (BayVermLG 1971) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1971 (GVBl. S. 259) muß richtig lauten:

„(1) Die vermögenswirksame Leistung beträgt 13 Deutsche Mark, für teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Richterinnen 6.50 Deutsche Mark.“

München, den 30. Juli 1971

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen